

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 3

Artikel: Haben wir alles falsch gemacht?
Autor: Müller-Marzohl, Alfons
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-525712>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SO: Verschärzte Lehrerarbeitslosigkeit im Kanton Solothurn

Der Geburtenrückgang und dazu noch die im Kanton Solothurn besonders starke Rezession tragen die Schuld daran, dass bereits in diesem Jahr weit über 100 Lehrkräfte keine Stelle mehr finden werden. Dies gab der solothurnische Erziehungsdirektor Alfred Wyser anlässlich der Januarsession des Solothurner Kantonsrates bekannt. Nach seinen Ausführungen, die er im Zusammenhang mit einem regierungsrätlichen Massnahmenbericht zur Sicherung angemessener Klassenbestände (Senkung der Richtzahlen) und zur Vermeidung eines unerwünschten Lehrerüberflusses (Numerus clausus am Lehrerseminar, Appelle gegen das Doppelverdienertum usw.) abgab, hat sich das Lehrstellenangebot wegen der Rezession insofern schlagartig verschärft, als sich die bisher üblichen Austritte aus dem Schuldienst heute um volle vier bis fünf Seminarklassen reduziert haben.

SH: Keine Neuordnung der Lehrerausbildung

Mit 39 gegen 23 Stimmen lehnte der Grosser Rat eine sozialdemokratische Motion ab, wonach das Ausbildungskonzept für Elementarlehrer angesichts der veränderten Verhältnisse auf dem Stellenmarkt überprüft werden sollte. 45 Oberseminaristen, die im März 1976 ihr Patent erhalten, haben heute noch keine Stelle. Dazu kommen noch 5 bereits patentierte Lehrer, die stellenlos sind.

AG: Vor 135 Jahre aufgehoben – jetzt wieder beschlossen

Für das Freiamt war der 13. Januar 1976 in zweifacher Hinsicht ein bemerkenswertes Datum: Genau vor 135 Jahren, d. h. am 13. Januar 1841 erfolgte die Aufhebung des Klosters Muri und damit auch der ersten Mittelschule im Freiamt – und genau nach 135 Jahren, am 13. Januar 1976, wurde dem Freiamt durch den Grossen Rat wieder eine Mittelschule in Wohlen zugesprochen. Ab Frühjahr wird das bisherige Lehrerseminar in Wohlen aufgehoben, jene Schüler, die zurzeit das Seminar besuchen, werden zwar dort noch

zu Lehrern ausgebildet, künftig soll aber die Lehrerbildung in vier Jahre allgemeine Ausbildung und in zwei Jahre berufsspezifische Ausbildung aufgeteilt werden. Für die allgemeine Ausbildung ist die Schaffung eines «Pädagogisch-sozialen Gymnasiums» (PSG) geplant. Damit wird als Folge dieser neuen Institution, wie Erziehungsdirektor Dr. A. Schmid erklärte, das Schulabkommen mit dem Kanton Schwyz gekündigt. Das Gymnasium Immensee wird gegenwärtig von etwa 30 Absolventen aus dem Freiamt besucht.

AG: Vom Mangel zum Überfluss

100 bis 150 von 350 Absolventen der aargauischen Lehrerseminarien, die in diesem Frühjahr ihre Ausbildung zum Primarlehrer abschliessen, werden voraussichtlich keine Stelle finden. Das kantonale Erziehungsdepartement bestätigte dies auf Anfrage, wobei es jedoch darauf hinwies, dass das derzeitige Lehrerüberangebot nicht alle Stufen gleichmässig betreffe. Auch dürfen durch den beschlossenen Übergang von der bisherigen vierjährigen zu einer sechsjährigen Lehrerausbildung im Aargau bis spätestens 1980 Angebot und Nachfrage auf dem «Lehrermarkt» wieder im Gleichgewicht sein. So fehlen insbesonders ausgebildete Lehrkräfte für die Sekundarschulstufe und für die Hilfsschulen. Durch die Verlängerung der Ausbildungszeit und die Einführung einer Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL) ab Frühjahr 1976 für die Absolventen aller Mittelschultypen werden bereits ab 1977 weniger Lehrkräfte in den aargauischen Schuldienst treten als bisher.

GE: Studenten ohne Matura an der Universität Genf?

Der Genfer Universitätsrat hat einstimmig in dritter Lesung einen Entwurf über die Universitätsregelung genehmigt. Der Rat muss nun beim Staatsrat die Bewilligung für diese Neuregelung einholen. Eine wichtige Neuerung ist die Zulassung von Studenten, die keinen Maturaabschluss haben. Das Lateinobligatorium für Studenten der Rechtswissenschaft wurde aufgehoben.

Haben wir alles falsch gemacht?

Alfons Müller-Marzohl

Die Bildungspolitik segelt im stürmischen Gegenwind. Man streicht Forschungskredite, tritt gegen den Ausbau der Hochschulen auf, kritisiert das Wachstum der Mittelschu-

len und malt das Gespenst des akademischen Proletariates an die Wand. Selbst Gewerbeschulprojekte werden vom Volk abgelehnt. Im Wahlkampf 1975 ist nur wenig

Positives zur Bildungspolitik veröffentlicht worden. Hingegen versuchten einige Wahlstrategen (z. B. in Basel), Stimmung zu machen für einen Abbau der Hochschulausgaben.

Rezession zwingt zum Nachdenken

Aber nicht nur die Wortführer einer engstirnigen Politik rufen nach einer Neubestimmung. Auch diejenigen, die sich während Jahren für das Bildungswesen eingesetzt haben, können sich der Pflicht nicht entziehen, angesichts der Mittelknappheit die Lage neu zu überdenken.

Dabei drängt sich eine erste Feststellung auf: Auch im Bildungswesen ist auf allen Stufen in den goldenen Zeiten des Wirtschaftswachstums Verschwendungen betrieben worden: Beim Schulhausbau war oft das Prestigedenken der bestimmende Faktor, man verwechselte Schulreform mit kostspieligen äusserlichen Investitionen und glaubte zu oft, das Perfektionierte und das Teuerste sei zugleich das Wirksamste für den Lernerfolg und für die Forschung. Dabei hat man an vielen Orten die Zukunft der Schule falsch geplant und verbaut, und so geht man denn daran, in Schulhäusern, die nicht einmal ein Dutzend Jahre alt sind, die Wände herauszureißen, um Raum für den Gruppenunterricht und andere Neuerungen zu schaffen.

Es kann daher nichts schaden, wenn uns die Rezession zwingt, jede Ausgabe zweimal auf ihre Zweckmässigkeit zu prüfen. Denn bei weitem nicht jede Investition im Bildungswesen kann als Fortschritt bezeichnet werden. Und es ist nur nützlich, wenn wir erkennen lernen, dass unter sogenannten «primitiven Bedingungen» oft ebenso erfolgreich gelernt und geforscht wird wie in verschwenderisch ausgestatteten Schulen und Labors.

Blick zurück im Zorn?

Es wird nicht schwer fallen, bis hierher die Zustimmung aller zu finden. Aber die öffentlichen Kritiker zielen höher. Sie stellen die Entwicklung aller Schulen während der letzten zwanzig Jahre in Frage und verurteilen das quantitative Wachstum der Mittelschulen (seltener das sehr beträchtliche Wachs-

tum der Berufsschulen), der Techniken und der Hochschulen. In ihren Überlegungen gehen sie aber nur selten von den schweizerischen Verhältnissen aus, sondern sie geraten in Erregung nach der Lektüre deutscher Magazine oder von Berichten über die schwedische Entwicklung.

Diese Erregung trübt den Blick. Denn eine nüchterne Analyse zeigt: Es stimmt, dass auch in der Schweiz die Zahl der Schüler und der Studenten in zwei Jahrzehnten erheblich gestiegen ist. Aber selbst wenn wir die Unsicherheitsfaktoren sorgfältig miteinbeziehen, die jeden internationalen Vergleich erschweren, dürfen wir feststellen, dass die Schweiz nie einem eigentlichen, sprunghaften Studentenboom erlebt hat wie andere Länder. In der Schweiz sind die prozentualen Schüler- und Studentenzahlen erstens einmal später gestiegen als in den meisten andern Ländern, und zweitens blieb das Wachstum – international gesehen – trotz allem eher bescheiden. Es wird folgender Anteil der Studenten an der Bevölkerungsgruppe der 20- bis 24jährigen festgestellt: Schweden 22 Prozent, Niederlande 20 Prozent, Frankreich 16 Prozent, BRD 14 Prozent, Schweiz 9 Prozent.

Der Umstand, dass die Schweiz mit Abstand die niedrigste Studentenquote aufzuweisen hat, versöhnt die Gegner in keiner Weise. Auch eine 9-Prozent-Quote verleitet sie zu Tiraden gegen die «Bildungseuphorie» (ein beliebtes Schimpfwort!). Man frage sich nun aber einmal nüchtern: Wo stünden wir, wenn es keine Bildungspolitik gegeben hätte? Wir befänden uns in der fatalen Lage, erkennen zu müssen, dass alle Industrieländer ringsum ihr Fähigkeitspotential gefördert haben, während das rohstoffarme Land Schweiz die Talente vergraben hätte. Wir hätten uns damit in wirklich beängstigender Weise in die Abhängigkeit anderer Industrienationen begeben, und besonders die qualifizierten Berufe wären noch eindeutiger auf ausländische Bewerber angewiesen.

Wer also abschätzig von der «Bildungseuphorie» der Vergangenheit spricht und die vermeintliche Überproduktion der Studenten kritisiert, urteilt gewiss nicht sehr tiefsinnig. Er übersieht, dass unserer Wirtschaft nicht nur die Gefahr einer importierten Krise droht, sondern ebenso die Gefahr einer

selbstverschuldeten Erschütterung, welche die Folge einer mangelnden geistigen Investition wäre. Ein Land wie die Schweiz kann es sich nicht leisten, auf einmal die Bildung und die Forschung zu stoppen, um kurzfristig Geld zu sparen; denn so würden wir eine Katastrophe programmieren. Und es stellt sich daher die Frage, ob das, was als «Bildungseuphorie» der Schweiz und als Überproduktion verschrien wird, in Wirklichkeit nicht eher als absolutes Mindestwachstum zu bezeichnen ist. Die Zukunft wird zeigen, ob wir überhaupt genug getan haben.

Blick in die Zukunft

Trotzdem haben wir natürlich heute vor den leeren Kassen die Hefte der Bildungspolitik zu revidieren. Dabei ergibt sich wohl als wichtigste Erkenntnis, dass unser Bildungswesen in erster Linie quantitativ gewachsen ist, dass aber die qualitativen Fortschritte noch immer gering sind. Wir sind noch weit davon entfernt, über ein Bildungssystem zu verfügen, das den Bedürfnissen unserer Zeit angemessen wäre. Zur weitverbreiteten Klage über die Verschlommierung des Schülerangebotes und über die Schülerleistungen müsste ebenso laut die Klage über das pädagogische Ungenügen so vieler Lehrer angestimmt werden. Die Behauptung: «Unsere Gymnasien sind krank», welche Landmann vor bald 10 Jahren aufgestellt hat, trifft noch immer zu. Und wenn nicht alles täuscht, werden die Gymnasien in nächster Zeit kaum genesen. An dieser Lage ist nicht einfach die Schule schuld. Die öffentliche Meinung ist es ebenso: Man findet sich mit der Leistungsschule ab, lässt sie irgendwie funktionieren und nimmt es in Kauf, dass in bezug auf den Schulbetrieb die finanziellen Erwägungen über die erzieherischen gesetzt werden. So werden die kommenden Jahrzehnte in erster Linie die Schule vermenschen und umgestalten müssen. Die Reform des Bildungswesens und des Systems steht als ungelöste Aufgabe zuoberst im Pflichtenheft. Aber dabei kann die Frage des Wachstums (nach dem Pillenknick wird es sich vor allem um das prozentuale Wachstum handeln) nicht übersehen werden. Die Gesellschaft der Zukunft braucht nicht weniger

«Bildung», sondern mehr. Man wird freilich – im Zusammenhang mit der Reform des Bildungssystems – den Begriff Bildung viel weiter zu definieren haben. Einstweilen liegt es jedoch im Interesse des Staates, dass wir die Resignation im Bildungswesen als ein gefährliches Übel bekämpfen.

Ohne Bildungsprognosen leben?

Es gibt heute eine entschiedene Abkehr von der früheren Prognosegläubigkeit. So verzichtet selbst der Schweizerische Wissenschaftsrat auf Bedarfsprognosen im Gebiet des akademischen Nachwuchses, weil er die Aufgabe für unlösbar hält. Diese Wende ist verständlich: Vor nicht allzu langer Zeit verwendeten Dutzende von Gelehrten Schweiss und Scharfsinn darauf, Berechnungsformeln zu entwickeln, mit denen der zukünftige Bedarf an Akademikern zu ergründen wäre. Diese Formeln stimmen, solange man nur mit algebraischen Buchstabsymbolen rechnet. In der Praxis versagen sie, weil wir fast keinen einzigen Buchstaben durch exakte Zahlen ersetzen können. So ist die Prognostik ein Sandkastenspiel geblieben, aber merkwürdigerweise ein Spiel, bei dem oft scharf geschossen wird.

Anders verhält es sich mit den Angebotsberechnungen: Es ist bemerkenswert, mit welcher (relativen) Genauigkeit die Entwicklung unserer Schülerzahlen auf allen Stufen vorausgesagt werden konnte.

Gerade deshalb hat man allen Grund, die Passivität der verantwortlichen Instanzen aufs heftigste zu kritisieren: Der Zufluss von Maturanden an die Hochschulen war recht genau vorauszuberechnen. Es wäre genügend Zeit vorhanden gewesen, rechtzeitig entsprechende Massnahmen zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für den Zuwachs an Medizinstudenten: Man weiss mindestens fünf Jahre im voraus, wie viele Studienanfänger im Jahre X zu erwarten sind. Man kennt auch den ungefähren prozentualen Anteil der einzelnen Fachrichtungen. Und da zum Beispiel der Anteil der Medizinstudenten prozentual eher ab- als zugenommen hat, hat man seit Jahren aufs genaueste gewusst, welcher Engpass sich 1975 ergeben würde. Die Studenten sind nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern man

sah sie auf weiteste Sicht heranmarschieren. Es hat auch genügend Leute gegeben, die laufend die Entwicklung beobachtet und signalisiert haben. Die heutige Lage kann daher nicht als Schicksalsschlag bezeichnet werden; sie geht vielmehr auf ein schwer entschuldbares Versagen zurück.

Was haben wir daraus zu lernen: Trotz der noch fehlenden Bundeskompetenz (Bildungsartikel!) muss die Angebotsberechnung auf eidgenössischer Ebene intensiviert werden. Und es muss eine gesamtschweizerische Bildungspolitik und Bildungsstrategie geben, die auch die Massnahmen überwacht. Das gilt übrigens – man kann es nicht genug betonen – nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Berufs- und für die Spezialausbildung.

Was die Rezession uns sagen möchte

Die Rezession lehrt uns, über den Zusammenhang zwischen der gesamten Bildung und dem wirtschaftlichen Gedeihen unseres Landes nachzudenken: Es erweist sich dabei, dass kleinliche und panische Reaktionen gefährlich sind, vor allem wenn man

aufgrund ausländischer Schwierigkeiten falsche Analogieschlüsse zieht.

Es zeigt sich aber auch, dass Leute mit einer möglichst umfassenden Ausbildung und Bildung gegen die Arbeitslosigkeit widerstandsfähiger sind.

Schliesslich stellt sich mit aller Deutlichkeit die Frage, ob nicht gerade das Erlebnis einer Wirtschaftskrise dem einzelnen bewusst machen muss, wie unentbehrlich für ihn die Bildung (auch die Erwachsenenbildung!) ist. Ein demokratischer Staat wie die Schweiz hat mit grösster Sorgfalt dafür zu sorgen, dass sich jeder junge Mensch gemäss seinen Anlagen und seiner Neigung entfalten kann. Bildung ist die Basis, auf der unsere Gemeinschaft, unsere Wirtschaft und unsere Demokratie aufzubauen hat.

Freilich – das zeigt sich überdeutlich –, der Staat wird in naher Zukunft dem einzelnen den Kampf um den idealen oder wünschbaren Arbeitsplatz nicht abnehmen können.

Hat also die Schweiz ihr Bildungswesen in den letzten zwanzig Jahren euphorisch entwickelt? Die Antwort ist ein klares Nein. Es sind Fehler gemacht worden, aber das Ziel war richtig.

aus: «Vaterland» Nr. 13/76

Sinn und Unsinn der Schulnoten

Hans Grissemann

Der Erziehungswissenschaftler, der sich um die Praxis bemüht, muss sich heute eingestehen, dass die Leistungsbeurteilung und Notengebung einer der am wenigsten gesicherten Teifähigkeiten des Lehrverhaltens ist. Viele Lehrer sind sich der Fragwürdigkeit und Schwierigkeiten mindestens ahnungsweise bewusst. Zu viele flüchten zur Entlastung in starre Beurteilungsschemata; andere resignieren, versuchen der Notengebung ihr Gewicht zu nehmen, sehen aber noch keine Wege zu einer pädagogisch sinnvollen Objektivierung der Leistungsbeurteilung. Eine Flucht aus der Verantwortung der Leistungsbeurteilung mit Hinweisen auf die viel wichtigere Erziehungsarbeit in der Schule und der Abqualifikation der Evaluation mit Ausdrücken wie Intellektualisierung, Leistungsprinzip und Notendruck

ist gerade erzieherisch fragwürdig. Solche Aussagen lassen häufig die Einsicht vermissen, dass im gut organisierten Lern- und Leistungsbetrieb bedeutsame *erzieherische* Möglichkeiten liegen und dass Leistungsbeurteilung eine Grundbedingung erfolgreichen Lernens ist. Die *Schüler* verlangen und brauchen eine Orientierung über ihre Schulleistungen. Leistungsorientierung ist immer *Motivationsgrundlage* für weiteres Lernen. Wahrgenommene Leistungslücken können Anstrengungen zur Komplettierung der Lernprozesse bewirken. Wahrgenommener Erfolg kann die Motivation zum Vollbringen weiterer Lernprozesse bedeuten. Auch der *Lehrer* braucht eine Kontrolle der Lernleistungen zur weiteren Organisation des Lehrens. Er kann feststellen, wo weitere Lehrbemühungen anzusetzen sind und ob